Fabrikbrand Ali Enterprises

BEHAUPTUNGEN UND FAKTEN

BEHAUPTET WIRD

„Der Brandschutz in der Fabrik war nicht ausreichend."

„Das Simulationsvideo beweist: Die Fabrik war im miserablen Zustand."

„Die Fenster waren vergittert. Es gab einen Holzfußboden. Die Fabrik war eine Falle für die Arbeiter."

„Die Brandursache ist unerheblich. Eine Fabrik muss unter allen Umständen sicher sein."

„Audit-Unternehmen sind korrupt, auf die Audits ist kein Verlass."

FAKT IST

Die Fabrik hat die lokalen **Brandschutzbestimmungen erfüllt**.

Zwischen 2007 und 2011 wurden **vier Audits** bei Ali Enterprises von einem unabhängigen Prüfinstitut durchgeführt. Mängel, die bei diesen Audits zutage traten, bezogen sich auf die Themen Arbeitszeiten und Entlohnung, nicht aber auf Brandschutzaspekte.

Drei Wochen vor dem Brand erhielt die Fabrik das anspruchsvolle **Zertifikat SA8000**, das insbesondere im Hinblick auf Brandschutzaspekte als anspruchsvoll gilt.

Das Video ist kein neutrales Beweismittel und wird vom Landgericht Dortmund als **parteiisch** eingestuft.

Es enthält **zahlreiche Fehler**: Gebäudeteile werden bewusst unterschlagen, die wahre Brandursache unterschlagen, ein von den Behörden zurückgezogenes Unfallgutachten als Basis genommen etc.

Vergitterte Fenster sind laut pakistanischem Baurecht **zulässig** und stellen keinen Verstoß gegen Brandschutzbestimmungen dar, da **Fenster generell keine Fluchtwege** sind. Sie sind absolut landestypisch und finden sich in vielen Fabriken. Sie ähneln Oberlichtern und dienen der Belüftung.

Lediglich ein Zwischengeschoss hatte einen Holzboden. **Zwischengeschosse sind keine Stockwerke**, müssen nicht abgeschlossen sein und dürfen einen Holzboden haben.

Ein vorbeugender Brandschutz prüft, ob die Risiken für die Entstehung eines Brandes erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Dies war der Fall.

Auf die Fabrik Ali Enterprises wurde jedoch ein **schwerer Brandanschlag** verübt, weil sich der Fabrikbesitzer geweigert hatte, Schutzgeld zu bezahlen. Daraufhin legten Mittelsmänner gezielt Brandsätze an Fluchtwegen in der Fabrik. Der offizielle pakistanische Untersuchungsbericht stuft den Brand daher als „terroristischen Sabotageakt" ein und hat gegen 9 Beteiligte Anklage vor einem Terrorismus-Gericht erhoben.

Kein Unternehmen verlässt sich alleine auf Audits. Auch nicht KiK. Die Überprüfung, ob Standards eingehalten werden, basiert immer auf einer Mischung aus Fabrikbesuchen durch KiK-Manager, eigenen KiK-Mitarbeitern z.B. in Bangladesch und renommierten, externen Prüffirmen.

Um die Zuverlässigkeit von Audits zu verbessern, hat KiK als erstes Unternehmen der Textilbranche die sog. **Auditorenhaftung** eingeführt. Danach sind Auditfirmen bis zu 90 Tage nach Abschluss der Audits für die Korrektheit der Ergebnisse verantwortlich.

Fabrikbrand Ali Enterprises

BEHAUPTUNGEN UND FAKTEN

BEHAUPTET WIRD

„KiK rettet sich mit Verfahrenstricks."

„KiK hat einen Verjährungsverzicht unterzeichnet, von dem es nichts mehr wissen möchte."

„KiK weigert sich, eine außergerichtliche Einigung zu erzielen".

„KiK war Hauptauftraggeber der Fabrik und trägt daher Verantwortung".

„Bei den Preisen von KiK kann nicht zu guten Bedingungen produziert werden."

FAKT IST

Das Gericht hat den Auftrag gegeben, zu prüfen, ob Verjährung eingetreten ist. Der Gutachter kam zum Schluss, dass Verjährung „zwingend" eingetreten ist, d.h. dass keine der beiden Seiten darauf verzichten kann.

Pakistanisches Recht zu wählen, war der Wunsch der Kläger.

KiK hat nach dem Brand einen **Verjährungsverzicht** ausgesprochen, mit der Absicht, die Verhandlungen über langfristige finanzielle Hilfen nicht an derartigen Formalitäten scheitern zu lassen. Zudem ging es in Gesprächen um den sog. materiellen Schadensersatz (Lohnausfälle, Rentenzahlungen etc.), nicht um Schmerzensgeld, das jetzt in Dortmund eingeklagt werden soll.

Aber: Der Prozess wird auf Wunsch der Kläger auf Basis von **pakistanischem Recht** geführt. Danach tritt **Verjährung „zwingend" spätestens nach zwei Jahren** ein, d.h. keine der beiden Seiten kann darauf verzichten.

KiK hat insgesamt 6,15 Mio. USD gezahlt. Diese Summe ist das **Ergebnis von Gesprächen mit allen Beteiligten, auch den Opfer-Vertretern**, bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Die Einigung wurde von allen begrüßt. **IndustriALL**: „Wir loben KiK für die Zustimmung, eine Entschädigung zu zahlen, die internationale Standards erfüllt".

Clean Clothes Campaign: „Die Einigung ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Auftraggeber Verantwortung für Todesfälle und Unfälle in ihrer Lieferkette übernehmen können und sollten".

Bei der Fabrik handelt es sich um eine **unabhängige Fabrik**, die auf eigenes wirtschaftliches Risiko gearbeitet hat. In erster Linie sind der Fabrikbesitzer und die örtliche Bauaufsicht für die Einhaltung der lokalen gesetzlichen Vorgaben zuständig.

KiK hat zwischen 2007 und 2011 bei Ali Enterprises Aufträge platziert. Im Rahmen seiner unternehmerischen Sorgfaltspflicht hat KiK die **Fabrik regelmäßig besucht** und die **Einhaltung des Verhaltenskodex mit Audits** überprüft.

Nach **deutschem Recht gibt es keine Haftungsgrundlage** für die Zustände bei einem Zulieferer.

Der Preis eines Kleidungsstücks sagt nur wenig darüber aus, unter welchen Bedingungen produziert wurde. Fast alle Anbieter, egal ob **teuer oder günstig, lassen in einem asiatischen Land produzieren** – und sehr oft sogar in den gleichen Fabriken wie KiK.

Die Erhöhung der Gebäudesicherheit, der Schutz der Umwelt und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten ist eine Aufgabe, die alle Anbieter angeht. Zu diesem Zweck wurde das **Textilbündnis** gegründet, dem KiK als engagiertes Mitglied angehört.